

SPD will Friedrich-Flick-Straße umbenennen

ZEITGESCHICHTE Ehemaliger Eigentümer der Gießerei Fronberg „Profiteur des nationalsozialistischen Terrorsystems“

SCHWANDORF. Die SPD-Stadtratsfraktion will die Friedrich-Flick-Straße in Fronberg umbenennen. In einem Antrag an den Stadtrat verweist der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, MdL Franz Schindler, auf die Verstrickung Flicks in das nationalsozialistische Terrorregime. Flick habe Zwangsarbeiter ausgebeutet und sei rechtskräftig als Kriegsverbrecher verurteilt worden. Auch nach dem Krieg habe er nie Reue gezeigt, sondern versucht, sich als Opfer darzustellen.

Trotz der nachvollziehbaren Motive des Stadtrats, bei der Eingemeindung Fronbergs im Jahr 1973 die damalige Lindenstraße in Friedrich-Flick-Straße umzubenennen, weil

Flick zeitweise Eigentümer der Gießerei war, stelle dies eine wenn auch ungewollte Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus dar, heißt es weiter in dem Antrag. Angesichts der im Städtedreieck geführten Diskussion über die dortigen Friedrich-Flick-Straßen und die Rolle Flicks bei der Ausbeutung von Zwangsarbeitern sei es auch in Schwandorf an der Zeit, einen historischen Fehler zu korrigieren, fordert Schindler.

Bei der Straßenbenennung, heißt es ausführlich in der Begründung des Antrags, „wurde außer Acht gelassen, dass Friedrich Flick nicht nur Mitläufer, sondern Unterstützer und Profiteur des nationalsozialistischen Ter-

rorsystems war“. Flick habe sein Firmenimperium nur durch das durch Spenden erkaufte Wohlwollen der Nationalsozialisten und durch Übernahmen im Zuge der sogenannten „Arisierung“ aufbauen können. Innerhalb des Flick-Konzerns wurden bis zu 100 000 Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge überwiegend in der Rüstungsproduktion beschäftigt und ausgebeutet. 1947 wurde Flick deshalb im Rahmen der Nürnberger Prozesse wegen Sklavenarbeit, Verschleppung zur Sklavenarbeit, Ausplünderung der besetzten Gebiete und Teilnahme an Verbrechen der SS zu sieben Jahren Haft verurteilt.

Die Stadt, heißt es weiter in dem

Antrag, sollte die im Städtedreieck geführte Diskussion über die dortigen Friedrich-Flick-Straßen und die Zwangsarbeit im ländlichen Raum zum Anlass nehmen, die Straße umzubenennen und damit auch „ein Symbol im Kampf gegen den Rechtsextremismus“ setzen.

Verbunden mit dem SPD-Antrag ist der Auftrag an die Verwaltung, sie möge ermitteln, welche Kosten bei der Umbenennung für die Stadt und die Anwohner der Friedrich-Flick-Straße entstehen. Wenn der Antrag eine Mehrheit findet, soll nach den Vorstellungen der SPD der neue Straßenname in enger Abstimmung mit den Anwohnern festgelegt werden.